

## Zwangsräumungen

Liebe Leute,

Zwangsräumungen müssen gestoppt werden. Rund 100 Wohnungen werden in Freiburg jedes Jahr zwangsgeräumt. Wird man erst einmal aus seiner Wohnung geworfen und ist anschließend auf die Unterbringung in einer Obdachlosenunterkunft angewiesen, wirkt das auf dem Immobilienmarkt als soziales Stigma: VermieterInnen gehen davon aus, dass man nicht in der Lage sei, seine Miete zu zahlen. Es wird für die Betroffenen noch schwerer eine neue Wohnung auf dem sowieso schon hart umkämpften Immobilienmarkt zu finden.

Für Menschen mit geringem Einkommen, RentnerInnen, alleinstehende Mütter, Geflüchtete und andere sozial benachteiligte Gruppen ist es in Freiburg und Umgebung enorm schwer solch eine bezahlbare Unterkunft zu finden. Das Problem ließe sich bekämpfen mit der konsequenten Nutzung des bestehenden Leerstandes und einem sozialen Wohnungsbau, der das Ziel verfolgt, Wohnungen langfristig dem regulären Immobilienmarkt zu entziehen. Doch solche Maßnahmen scheinen momentan nicht im Sinne der etablierten Politik zu sein, geht es dieser doch eher darum, finanzstarke Mittelschichtfamilien zu fördern und finanzschwache MieterInnen zu verdrängen – wie beispielsweise im Binzengrün in Freiburg-Weingarten durch die Freiburger Stadtbau oder bei den Luxuswohnungen in Günterstal. Der massive Ausbau des sozialen Wohnungsbaus wäre seit Jahren überfällig!

Zwangsräumungen sind die logische Konsequenz eines kapitalistischen Wohnungsmarktes in dem auch menschliche Grundbedürfnisse wie ein „Dach über dem Kopf“ zu Waren werden. Wer nicht das nötige Kleingeld für die Miete aufbringt, verliert das Recht auf eine Wohnung. Im Kapitalismus steht das abstrakte Prinzip der Maximierung von Gewinnen über den Bedürfnissen der Einzelnen nach einer Wohnung, dies ist in der Struktur des Systems angelegt! Kapitalismus bedeutet das Häuser leerstehen und gleichzeitig Menschen auf der Straße schlafen müssen.

Dagegen hilft nur eine solidarische, antikapitalistische Praxis: Zwangsräumungen müssen verhindert, Mietsteigerungen gestoppt und leerstehender Wohnraum angeeignet werden. Damit sich die Baupolitik hin zur Schaffung von tatsächlich auf Dauer garantierten Niedrigpreiswohnungen ändert, braucht es Druck von unten. Nur durch eine kämpferische Praxis werden wir ein Recht auf Wohnen für alle erstreiten können!